

An Frau  
Bundesministerin für  
Unterricht, Kunst und Kultur  
Dr. Claudia S c h m i e d

Minoritenplatz 5  
1014 W i e n

Auf Grundlage des von der Provenienzforschung bm:ukk LMPS hinsichtlich des Werkes von **Egon Schiele Chrysanthenen**, LM Inv. Nr. 478 vorgelegten Dossiers vom 30. April 2011 hat das von Ihnen eingesetzte beratende Gremium in seiner Sitzung am 4. Oktober 2011 einstimmig nachstehenden

## B E S C H L U S S

gefasst:

*Stünde dieses Werk im Bundeseigentum und wäre das Kunstrückgabegesetz BGBl. I 1998/181 idF BGBl. I 2009/117 anwendbar, läge kein Tatbestand des § 1 Abs. 1 Kunstrückgabegesetz vor.*

### Begründung:

Dem Gremium liegt das oben genannte Dossier vor. Aus diesem Dossier ergibt sich der nachstehende entscheidungswesentliche Sachverhalt:

Das gegenständliche Gemälde ist bereits im 1930 erschienenen Egon Schiele-Werkverzeichnis von Otto Nirenstein, der später seinen Namen auf Otto Kallir änderte, als Eigentum von Marianne Reder-Titze<sup>1</sup> (1874-1953) genannt. Weiters ist Marianne Reder-Titze als Leihgeberin des Gemäldes für eine Ausstellung in der Neuen Galerie im Jahr 1930 und für die Egon Schiele-Gedächtnisausstellung der Neuen Galerie im Jahr 1948 dokumentiert.

Im Dezember 1964, also elf Jahre nach dem Tod von Marianne Reder-Titze, kam das Gemälde im Dorotheum zur Versteigerung. Vermutlich wurde es vom Sohn und Alleinerben

---

<sup>1</sup> dort und später fälschlich: Reder-Tietze

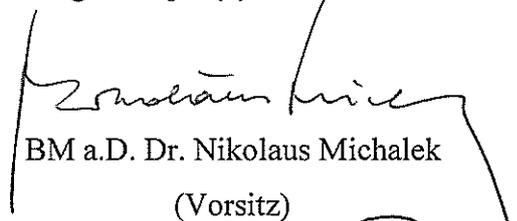
von Marianne Reder-Titze, Ferdinand Titze, zur Versteigerung eingebracht und damals von Prof. Dr. Rudolf Leopold erworben. Urkundliche Nachweise für die Person des Einbringers und des Erwerbers sowie für das Schicksal des Gemäldes zwischen 1948 und 1964 liegen jedoch nicht vor.

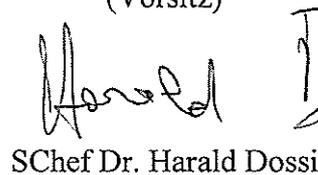
Aus dem vorliegenden Dossier ergibt sich, dass Marianne Reder-Titze zumindest 1930 und 1948 Eigentümerin des Gemäldes war; irgendeinen Hinweis darauf, dass das Gemälde während der NS-Zeit Gegenstand einer Entziehung war, gibt es nicht; auch wurde Marianne Reder-Titze nicht von den Nationalsozialisten verfolgt. Somit liegt bezüglich des gegenständlichen Bildes kein Hinweis auf ein Rechtsgeschäft vor, das gemäß § 1 Nichtigkeitsgesetz 1946 als nichtig zu beurteilen wäre.

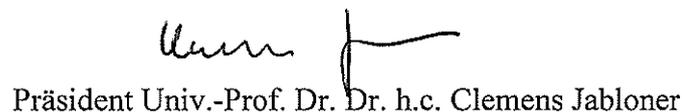
Das Gremium kommt daher zu dem Ergebnis, dass, wäre das Kunstrückgabegesetz BGBl. I 1998/181 idF BGBl. I 2009/117 anwendbar, keiner der Tatbestände des § 1 Abs. 1 Kunstrückgabegesetz erfüllt wäre.

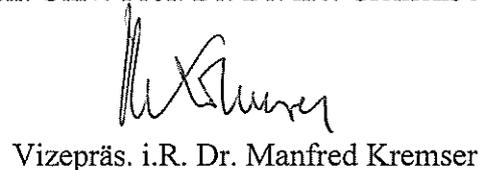
Wien, den 4. Oktober 2011

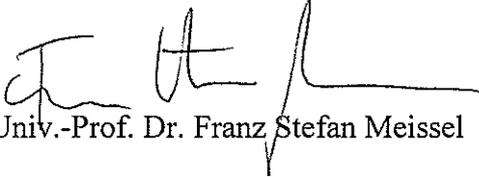
Unterschriften gemäß § 5 (3) der Geschäftsordnung

  
BM a.D. Dr. Nikolaus Michalek  
(Vorsitz)

  
SChef Dr. Harald Dossi

  
Präsident Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Jabloner

  
Vizepräs. i.R. Dr. Manfred Kremser



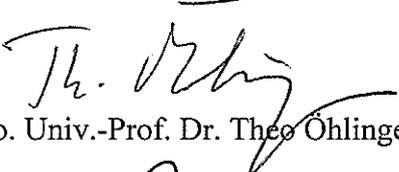
Univ.-Prof. Dr. Franz Stefan Meissel



Botschafterin i.R. Dr. Eva Nowotny



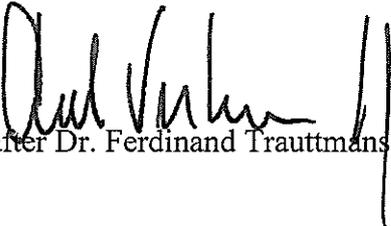
Univ.-Prof. Dr. Helmut Ofner



em. o. Univ.-Prof. Dr. Theo Öhlinger



em. o. Univ.-Prof. Dr. Peter Rummel



Botschafter Dr. Ferdinand Trauttmansdorff